

## Vom Traum zur Realität: Der Perzeptionswandel „Europas“ während der Transformation der ČSFR/ČR, 1989–2004

*Dagmar MORAVCOVÁ*

Die Wahrnehmung von „Europa“ hat in den postkommunistischen Staaten Mittel- und Osteuropas (MOE-Länder) nach 1989/1990 eine Entwicklung erfahren, die zu einem Aufeinanderprallen idealistischer Vorstellungen und Visionen „von den offenen Armen“ eines sich vereinigenden (damals noch westlichen) Europas einerseits und eines Mitteleuropas mit seinen harschen Realitäten am Ende des Kalten Krieges mit allen seinen Folgen andererseits geführt haben. Die Vergegenwärtigung dieser Wirklichkeit hing mit der innenpolitischen sowie wirtschaftlichen Transformation der MOE-Länder zusammen und, ab 1993, mit den klar definierten „Kopenhagener Kriterien“ der EU in Bezug auf den Beitritt der östlichen Kandidatenländer.

Ziel dieses Beitrags ist die Analyse relevanter Vorstellungen über ein vereinigtes Europa und die Beantwortung der Frage, wie sich diese bei der politischen Elite der ČSSR/ČSFR und der ČR in den Jahren 1989–2004 entwickelten. Der Artikel wird den äußeren Bedingungen des sich verändernden Europas nach dem Kalten Krieg Rechnung tragen. Diese Bedingungen waren vom Zusammenbruch des sowjetischen Systems und der nachfolgenden „Selbstbefreiung“ aus der Abhängigkeit von der UdSSR, den grundlegenden Veränderungen durch die Einheit Deutschlands und die Vertiefung der europäischen Integration geprägt und gleichzeitig verknüpft mit den ersten Versuchen der Realisierung einer neuen europäischen Sicherheitsarchitektur.

Die gleiche Aufmerksamkeit wird den inneren Bedingungen der Perzeption dieser neuen Prozesse geschenkt, d.h. die Fähigkeit der politischen Eliten, diese Veränderungen aufzunehmen, – ganz zu schweigen von den Bemühungen, sie auf irgendeine Art zu beeinflussen. Der Beitrag verfolgt somit das Ziel, die Zusammenhänge der Veränderungen in der Struktur der internationalen Beziehungen und des wachsenden „Realismus“ der politischen Vertreter des tschechischen Staates während dessen schrittweise Integration in die EU aufzuzeigen. Der Artikel ist in zwei Teile gegliedert. Im ersten werden einzelne Probleme chronologisch aufgelistet und thematisch analysiert: ab dem Beginn der politischen und wirtschaftlichen Transformation über die Lösung der Sicherheitsprobleme, der Verbesserung der nachbarschaftlichen Beziehungen (insbesondere zu Deutschland) und der Modifikation der Vorstellung von der EU als einer Wertegemeinschaft. Im zweiten Teil wird die Aufmerksamkeit auf die Konfliktpunkte der Europa-Idee im Spannungsverhältnis mit der harten politischen Wirklichkeit gelenkt: die Vision des EU-Beitritts seit dem EU-Vertrag von Maastricht 1991 über den Zerfall der ČSFR und die Entstehung der eigenständigen ČR, die Annahme der „Kopenhagener Kriterien“ 1993, die Harmonisierung der „doppelten Osterweiterung“, d.h. der EU und der NATO bis zum

Inkrafttreten des EU-Beitrittsvertrags 2004 und der nachfolgenden Problematik der Akzeptanz des „Europäischen Verfassungsvertrags“.

## I. Visionen

### *1.1 Die Anfänge der Freiheit*

Die Geschichte der freien demokratischen Tschechischen Republik währte nicht sehr lange – zu den 14 Jahren seit ihrer Entstehung am 1. Januar 1993 muss man noch die stürmische Periode der ersten Transformationsmaßnahmen nach dem 17. November 1989 hinzuzählen. Damals brach das sogenannte realsozialistische Regime der Tschechoslowakei unter dem Druck der friedlichen Massendemonstrationen der Bevölkerung so überraschend schnell zusammen, wie z.B. das SED-Regime in der DDR. Erste Versuche zur Realisierung der Pläne, so früh wie möglich die umbenannte ČSFR dem sich vereinigenden Europa anzuschließen, können als Folgen und Ergebnisse der sogenannten „samtenen Revolution“ verstanden werden.

Der gesamte Vorgang der Transformation im Bereich der Politik, der Wirtschaft, aber auch der politischen Kultur verlief nicht geradlinig, sondern vollzog sich zickzackförmig. Am Anfang ereignete er sich im unüberschaubaren Kontext des Bürgerlichen Forums (OF), das nur vage die gesamte Bevölkerung repräsentierte und als Ersatz der diskreditierten politischen Parteien fungieren sollte.

Die ersten freien Parlamentswahlen kamen im Juni 1990 in einer Atmosphäre riesiger Begeisterung unter Ausrufung von Losungen wie „Wir sind nicht sie!“ (d.h. nicht die Kommunisten) und „die Parteien sind für die Parteimitglieder, OF ist für alle!“ zustande. In der Wahlkampagne wurden die Unterschiede in den Programmen der verschiedenen Parteien auch bei jenen der OF nahestehenden politischen Gruppierungen nicht betont, sondern auf die gemeinsame antikommunistische Haltung Wert gelegt. Die Suche nach den historischen Wurzeln und tschechischen Traditionen der liberalen Demokratie westlichen Typs wurde insbesondere zu Beginn der Transformation nicht nur in der Tschechoslowakei, sondern auch in anderen Staaten Mittel- und Osteuropas, Bestandteil von Bemühungen der politischen Vertretungen, um durch den Beitritt zur EG/EU<sup>1</sup> gleichsam „nach Europa zurückzukehren“.

1. Cf. z.B. J.RUPNIK, J. ZIELONKA (eds.), *The Way to the European Union: The Czech and Slovak Republics*, Manchester University Press, Manchester, 2003; B. LIPPERT (ed.), *Towards EU-Membership. Transformation and Integration in Poland and the Czech Republic*, Europa Union und Institut für Europäische Politik, Bonn, 1998; B. LIPPERT u.a. (Hrsg.), *Europa-Bilder in Mittel- und Osteuropa. Neue Herausforderungen für die politische Bildung*, Europa Union Verlag, Bonn, 1996.

Gezielt sind so die Erinnerungen auf die erste demokratische Parlamentsrepublik 1918–1938 als Bestandteil der damaligen neuen Wilsonschen demokratischen Ordnung in Europa rückprojiziert worden – die populäre Ausstellung „72 Jahre Tschechoslowakei“ fand vor den Wahlen im neuen Stil von Straßenausstellungen in Form „erlebter Geschichte“ statt.<sup>2</sup>

## 1.2 Die Sicherheitsprobleme

Die fortschreitende innenpolitische Differenzierung in der Zeit zwischen den Parlamentswahlen der Jahre 1990 und 1992, die als „unschuldige Zeit“ apostrophiert wurden, galt dem gemeinsamen Nenner, so früh wie möglich die Überbleibsel der untergeordneten Position des ehemaligen sowjetischen Satelliten ČSSR zu beseitigen. Der Zusammenbruch des sowjet-kommunistischen Systems in Europa schuf die Voraussetzungen für die Beendigung der „immerwährenden Zeitweiligkeit“ der Stationierung sowjetischer Truppen auf dem Staatsgebiet der Republik. Auch wenn, ausgehend von diesem Ziel, als erste Bedingung der Rückkehr ins demokratische Europa sich alle politischen Kräfte im amorphem OF vereinigten, die Visionen über die weitere Entwicklung der europäischen Sicherheit unterschieden sich doch sehr stark. Grob gesagt geschah dies zwischen den Gegnern aller bisherigen militärischen Allianzen, d.h. nicht nur des Warschauer Paktes, sondern auch der NATO einerseits und den Anhängern der weiteren Existenz der NATO und der Transformation der Allianz im Kontext der sich wandelnden internationalen Organisationen andererseits, die nach dem Ende des Kalten Krieges den breiteren Rahmen für die Gewährleistung der europäischen Sicherheit mit dem Akzent auf die gewährte transatlantische Bindung darstellten. Die dritte aber eher hypothetische Option bestand in der Transformation des Warschauer Pakts für sich, die nicht einmal die tschechoslowakischen Kommunisten zu unterstützen wagten, besonders mit Blick auf die Hilf- und Ratlosigkeit der sowjetischen Politik, die sich widerstandslos mit dessen Auflösung abfand.

Die tschechoslowakischen Hauptakteure der Beendigung des Kalten Krieges in Europa – Staatspräsident Václav Havel und Außenminister Jiří Dienstbier – reihten sich unter solchen Politikern ein, die den Kern des künftigen europäischen Sicherheitssystems in der fortschreitenden Entwicklung des Helsinki-Prozesses (KSZE) erblickten. Ähnlich wie westeuropäische Politiker – z.B. wäre in der Bundesrepublik an erster Stelle Außenminister Hans-Dietrich Genscher (FDP) zu nennen, aber auch der französische Staatspräsident François Mitterrand – suchten sie nach einem „dritten Weg“ aus der bisherigen Bipolarität des Kalten Krieges. Diese Erwägungen zielten auf die Schaffung eines mehr auf Europa konzentrierten Sicherheitssystems ab. Es sollte nicht nur den wiedervereinigten deutschen „Riesen“, sondern auch die neuen unabhängigen gewordenen mittel- und osteuropäischen Staaten in ein

2. D. MORAVCOVÁ, *Die Geschichte des tschechoslowakischen Staates wird zur Wiederaneignung ausgestellt. Die Prager Ausstellung „Wo meine Heimat ist“*, in: *Journal Geschichte*, 5(1990), S.56–61.

funktionierendes System einbinden und so besonders die Stabilität des unberechenbaren „Ostens“ sicherstellen.

Die beiden tschechoslowakischen Politiker bemühten sich, Mikhail Gorbatschows Positionen gegenüber der inneren und geheimen konservativen Opposition in der UdSSR zu stärken, zumal sie glaubten, dass seine nur vage gegebene Zustimmung zum Abzug der sowjetischen Truppen aus der Tschechoslowakei mit dem Fortschritt der Wiener Verhandlungen über die Abrüstung der konventionellen Streitkräfte Hand in Hand gehen müsse. Bis zum 14. Februar 1990, als es in Ottawa am Rande der Konferenz über die „open sky“-Verhandlungen zur Verständigung zwischen den beiden Supermächten über die Reduzierung der Größe der Landtruppen in Europa kam,<sup>3</sup> agierte die tschechoslowakische Außenpolitik äußerst vorsichtig. Es ist notwendig darauf hinzuweisen, dass sie pragmatisch angelegt war. Beim Besuch des US-amerikanischen Präsidenten George Bush in Prag Anfang Februar 1990 äußerte sich Havel zustimmend, dass „die Anwesenheit amerikanischer Militärtruppen in Europa ein Faktor der Stabilität und Sicherheit ist“. In der Rede vor dem US-Kongress Ende Februar 1990 präzierte er seine Worte und die seiner Meinung nach in der Medien verzerrt wiedergegebene Auffassung, wonach angeblich „der tschechische Schriftsteller Havel morgen den Warschauer Pakt und übermorgen sogar die NATO auflösen möchte“.<sup>4</sup> Dennoch schien es so, als ob sowohl Havel als auch Dienstbier im weiteren Verlauf des Jahres 1990 die Idee der „künftigen Auflösung der Militärblocke“<sup>5</sup> sowie auch den Mitterrand-Plan einer europäischen Staaten-Konföderation vom Dezember 1989 unterstützten.<sup>6</sup>

Die tschechoslowakische Politik bewegte sich somit zwischen den anhaltenden Befürchtungen seitens der UdSSR und der nicht immer einfach zu findenden Unterstützung seitens des Westens. Einerseits bestand die potentielle Gefahr der Wiederkehr der sowjetischen Politik, die zu den gewaltsamen Mitteln gegenüber ihren Satelliten zurückzukehren drohte, die nicht nur den tschechoslowakischen Bürgern seit der Okkupation durch Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 gut genug bekannt war; andererseits musste die Auswahl von Verbündeten unter den damals in den Fragen der zukünftigen Sicherheitsarchitektur Europas noch uneinigen westeuropäischen EG-Mitgliedsstaaten und den USA geklärt werden. Der Kern der Auffassungsunterschiede bestand in Auseinandersetzungen über das

3. Die Wiener Verhandlungen wurden dann im November 1990 mit der Unterzeichnung des Vertrags über die Reduzierung der konventionellen Streitkräfte in Europa (KSE-Vertrag) zwischen den 16 NATO- und den 6 Warschauer-Pakt-Staaten abgeschlossen.
4. Aus der Havel Rede vor dem US-Kongress bei dem USA-Besuch zitiert *Lidová demokracie* (Volksdemokratie), 23.02.1990.
5. Beispielsweise Havel bei dem Besuch in Grossbritannien im März 1990. Ausführlicher in: D. MORAVCOVÁ, *Reflexionen der Vereinigung Deutschlands in der Tschechoslowakei 1989-1990*, in: *Prague Papers on History of International Relations*, 2000, S.243-255.
6. Dieser kontroverse Gedanke – weil mit der langfristigerer Existenz der DDR verknüpft – wurde in der intellektuellen Konzeption einer etwaigen kultur-politischen Initiative, und nicht der zwischenstaatlichen offiziellen Aktion transformiert. Die erste Konferenz über die Europäische Konföderation fand auch im Juni 1991 in Prag statt: V. HAVEL, *Evropa jako úkol. Výběr z projevů 1990–2004* (Europa als Aufgabe. Auswahl aus den Reden 1990–2004), Úřad vlády ČR, Praha, 2005, S. 21–26.

Ausmaß und die Geschwindigkeit des deutschen Einigungsprozesses und u.a. in der Frage, ob das neue Deutschland als potentielle Bedrohung des künftigen Gleichgewichts in Europa wahrzunehmen sei. Der erfolgreiche Abschluss der Einigung Deutschlands, der die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und den ehemaligen Siegermächten des Zweiten Weltkrieges regelte, stellte nicht nur die deutsch-deutschen Beziehungen, sondern darauf hin auch die Beziehungen zwischen der BRD und ihren östlichen Nachbarn (vorrangig mit der UdSSR und Polen schon 1990-91) auf eine neue völkerrechtliche Grundlage. Das hatte eine positive Folge in der Verwirklichung der vorrangigen Ziele der tschechoslowakischen Außenpolitik: im Juni 1991 verließen die letzten Truppen der Roten Armee die ČSFR und am 1. Juli 1991 wurde der Warschauer Pakt aufgelöst.<sup>7</sup>

Die Visionen der tschech(oslowak)ischen politischen Elite waren deshalb widersprüchlich: auf der einen Seite hatte sie ein radikales Ziel (das Land völlig vom sowjetischen Einfluss zu befreien); auf der anderen Seite gab sie gemäßigten Modellen für die Lösung der neuen Aufgaben den Vorzug (die neuen Sicherheitsmodelle setzten die Beibehaltung von wirtschaftlichen Beziehungen mit den übrigen osteuropäischen Staaten, inklusive der UdSSR, voraus).<sup>8</sup>

### 1.3 Die Beziehungen der ČSFR zu Deutschland

Die „Regierung der nationalen Verständigung“, wie sich die erste Koalitionsregierung der ČSFR nannte, zeigte sich sehr entgegenkommend gegenüber Deutschland und äußerte sich eindeutig positiv zum deutschen Vereinigungsprozess.<sup>9</sup> Sie wurde dafür auch seitens der nationalistischen Opposition kritisiert (von links, d.h. von den Kommunisten, aber auch von rechts, u.a. von den Republikanern SPR-RSČ),<sup>10</sup>

7. Die Unterschrift des Protokolles über die Nichtigkeit des Vertrages über die Verbreitung der sowjetischen Nuklearwaffenbasen auf tschechoslowakischem Gebiet (aus dem Jahre 1968) am 27.06.1991 stellte den wichtigsten Teil des Wandels der internationalen rechtlichen und politischen Bindungen der staatlichen Sicherheitspolitik dar. Dazu J. DIENSTBIER, *Od snění k realitě. Vzpomínky z let 1989-1999* (Seit den Träumen zur Realität. Erinnerungen aus den Jahren 1989-1999), Nakladatelství Lidové noviny, Praha, 1999, S.207.
8. J. KARLAS, P. KRATOCHVÍL, *Czechoslovakia/the Czech Republic and European Integration: During and After the Cold War*, in: *Journal of European Integration History*, 2(2004), S.25-42. Zum „Dienstbier-Plan“ à la Marshall Plan für Osteuropa, vgl. S.34.
9. So z.B. Havel Anfang Januar 1990 als er den ersten Staatsbesuch nach seiner Wahl als Staatspräsident der »SSR gerade in Deutschland vornahm. Damals benutzte er in Berlin eine Paraphrase von J.F. Kennedys berühmter Äußerung aus dem Jahr 1963 – „ich bin ein Berliner“ – und hieß die Niederreißung der Berliner Mauer als Symbol des Kalten Krieges gut (*Lidová demokracie* (Volksdemokratie), 03.01.1990). Bei anderer Gelegenheit sagte er eindeutig, dass „Die Deutschen haben ein Recht auf Vereinigung und das vereinigte Deutschland sollte der Motor der europäischen Vereinigung sein“ (*Die Welt*, März 1990).
10. Die Entwicklung der tschechischen politischen Parteien (und ihrer Bezeichnungen in Deutsch) übersichtlich in: R. KIPKE, *Die politischen Systeme Tschechiens und der Slowakei. Eine Einführung*, Westdeutscher Verlag, Wiesbaden, 2002, S.70 ff. Weiter: K. VODIČKA, *Politisches System Tschechiens. Vom kommunistischen Einparteiensystem zum demokratischen Verfassungsstaat*, LIT Verlag, Münster, 1996.

weil sie nicht die „Gelegenheit ausnutzte“, um für eine andere Lösung der langfristigen Aufgaben der tschechisch-deutschen Beziehungen einzutreten. Die Kritik entzündete sich auch am „Sudetendeutschen Problem“. Damit verbunden waren alle Fragen einschließlich der Abschiebung der Sudetendeutschen nach dem Kriege und den damit verknüpften Eigentumsfragen. Der Ausdruck „Vertreibung“ wurde von beiden extremistischen politischen Parteien kategorisch zurückgewiesen. Diese Problematik war im Vertrag zwischen der Bundesrepublik und der ČSSR aus dem Jahre 1973, der in der Welle der „Ostverträge“ von Willy Brandts sozial-liberaler Koalition unterschrieben worden war, ungelöst geblieben.<sup>11</sup> Diese Kritik der angeblichen Passivität der tschech(oslowak)ischen Regierung war aus vielen Gründen unberechtigt. Bei dem gegebenen Verlauf der deutschen Wiedervereinigung nach der Zwei-plus-Vier-Formel hatte das auch wegen der Oder-Neisse Grenze direkt betroffene Polen nur beschränkte Möglichkeiten der Mitwirkung bzw. der direkten Beteiligung an den Verhandlungen am 17. Juli 1990 in Paris. Gegen das sowjetische Veto setzte sie zum Beispiel nicht einmal die Möglichkeit zukünftiger Veränderungen der Eigentumsverhältnisse durch, die in der damaligen sowjetischen Zone des besetzten Deutschlands vollzogen worden waren.<sup>12</sup>

Die Ansicht der Regierungskritiker, wonach die Unterstützung der Wiedervereinigung Deutschlands durch die Lösung anderer Probleme und zwar in der Art eines rechtlichen Junktims bedingt sein sollte, war jedoch völlig wirklichkeitsfremd – einerseits durch die relativ schwache internationale Stellung der damaligen ČSFR, andererseits aufgrund der innerpolitischen Labilität des Staates, welcher sich im Föderalisierungsprozess befand und ohne Aufschub die Beziehungen zwischen Tschechen und Slowaken im demokratischen Geiste klären mus-

11. Dazu R. BRÄCH, *Smlouva o vzájemných vztazích mezi ČSSR a SRN z roku 1973. Od prvních rozhovorů po ratifikaci smlouvy* (Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen zwischen der ČSSR und der Bundesrepublik Deutschlands. Seit der ersten Gesprächen bis zur Ratifizierung des Vertrages), Ústav pro soudobé dějiny AV ČR (Institut für die Zeitgeschichte, AW der Tsch.Rep.), Praha, 1994.

Der tschechoslowakische Standpunkt bestand darin, dass das Münchener Abkommen der tschechoslowakischen Republik unter Androhung von Angriffskrieg und Gewaltanwendung aufgezwungen wurde, dass es eine schwere Verletzung der Grundregeln des Völkerrechts darstelle, und dass es deshalb von Anfang an ungültig sei. Die BRD war nur bereit, sich von Münchener Abkommen auf historischer und moralisch-politischer Ebene zu distanzieren und zu erklären, das Münchener Abkommen gelte nicht mehr, es sei erloschen. Der Hauptpunkt des Streites über die Rechtsungültigkeit wurde mit dem Zeitpunkt der Ungültigkeit verbunden (*ex tunc – ex nunc*). Erst die Kompromisslösung (Nichtigkeit des Münchener Abkommens, Bestätigung der beiden angewandten Rechtsordnungen sowie der Staatsangehörigkeit und Ausschließung einer Entschädigung im Zusammenhang mit dem MA) ermöglichte die Unterzeichnung des Vertrages (Ebd., S.94-95). Weiter dazu: T.G. ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der geteilte Kontinent*, Carl Hanser Verlag, München, Wien 1993; V. HOUŽVIKA, *Návraty sudetské otázky* (Wiederkehr der Sudetenfrage), Univerzita Karlova v Praze, Nakladatelství Karolinum, Praha 2005.

12. T.G. ASH, op.cit., S.517. Weiter: R. KIESSLER, F. ELBE, *Der diplomatische Weg zur deutschen Einheit*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1993, S.187-188: sowjetische These über die „Anerkennung der Legitimität und Unumkehrbarkeit der Maßnahmen, die von den Vier Mächten gemeinsam oder in jeder ihrer ehemaligen Besatzungszonen hinsichtlich der Entnazifizierung, der Entmilitarisierung oder der Demokratisierung getroffen wurden“.



ste.<sup>13</sup> Typisch war, dass diese Kritik erst nach Abschluss der Wiedervereinigung aufkam, sie ohnedies verspätet einsetzte und dadurch völlig ihren Sinn verloren hatte. An den Zwei-plus-Vier-Verhandlungen an sich konnte – und das auch nur beschränkt – lediglich Polen teilnehmen. Die polnische Delegation wurde ausschließlich aufgrund der offenen Grenzfrage eingeladen, während andere Aspekte und Probleme des deutsch-polnischen Ausgleichs nicht Gegenstand der Verhandlungen waren. Im Falle der Tschechoslowakei handelte es sich in keinem Fall um ein „territoriales Problem“ – die Grenzen zweifelte keine deutsche Regierung und auch nicht der Bundestag an.<sup>14</sup>

Die Kritik an der zu entgegenkommenden Haltung Václav Havels, die als ein „Blanko-Scheck-Angebot“ gegenüber Deutschland bezeichnet wurde, war als innenpolitische Reaktion auf die Veränderungen in den gegenseitigen Beziehungen beider Staaten zu werten wie auch die Frage der tschechoslowakischen Beteiligung – z.B. an den Vorbereitungsverhandlungen zu den Zwei-plus-Vier-Verträgen „politisch instrumentalisiert“ wurde.<sup>15</sup>

Nachdem der neue Vertrag über die gegenseitigen Beziehungen 1991 ausgehandelt worden war, konnte dieser am 26. Februar 1992 unterzeichnet werden. Innovativ war vor allem die Breite der gemeinsam definierten Zusammenarbeit im Kontext der Grundsätze der europäischen Kooperation, zu denen sich beide Regierungen bekannten.<sup>16</sup>

Die entgegenkommende Präambel, in welcher „der feste Wille [...] durch gemeinsame Bemühungen, die Folgen der leidvollen Kapitel der gemeinsamen Geschichte in diesem Jahrhundert zu bewältigen“, ausgedrückt wurde, rief auch durch Inhalte wie: „eingedenk der zahlreichen Opfer, der Gewaltherrschaft, die Krieg und Vertreibung gefordert haben und des schweren Leids, das vielen unschuldigen Menschen zugefügt wurde [...] ihre Beziehungen im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft [zu] gestalten“ innenpolitische Diskussionen in beiden Staaten hervor. Die heiklen Probleme bildeten z.B. der Begriff „Vertreibung“ und seine hypothetischen rechtlichen Konsequenzen, die „Nichtigkeit“ des Münchener Abkommens von 1938, die Bestätigung der „Offenheit“ der eigentums-

13. Den innenpolitischen Gegner der Regierungaussenpolitik ging es in dieser ex-post Kritik mehr um die Verbesserung eigener Positionen durch die Betonung des etwaigen tschechischen nationalen Interesses in Bezug auf Deutschland.

14. V. HANDL, *Česká politika vůči Německu* (Die tschechische Politik gegenüber Deutschland), in: O. PICK, V. HANDL (eds.), *Zahraniční politika České republiky 1993–2004. Úspěchy, problémy a perspektivy* (Die Aussenpolitik der Tschechischen Republik 1993–2004. Erfolge, Probleme, Perspektiven), Ústav mezinárodních vztahů, Praha, 2004, S.72.

15. M.KUNŠTÁT, *Německo a Česká republika* (Deutschland und die Tschechische Republik), in: V. HANDL, J. HON, O. PICK (Hrsg.), *Vztahy Spolkové republiky Německo ke státům střední Evropy od roku 1990* (Die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschlands zu den mitteleuropäischen Staaten seit dem J.1990), Verlag, Praha, 1998, S.200.

16. *Smlouva mezi Českou a Slovenskou Federativní republikou a Spolkovou republikou Německo o dobrém sousedství a přátelské spolupráci* Praha 27.2.1992 (Vertrag über gute Nachbarschaft und freundschaftliche Zusammenarbeit zwischen BRD und der ČSFR), in: *Europa-Archiv. Zeitschrift für internationale Politik*, 10(1992), S.385–395.

rechtlichen Fragen, die nach tschechischer Meinung nicht vollständige Bestätigung der existierenden Staatsgrenzen – im Text als „bestehende Grenze“ bezeichnet –, die Formulierung über die Kontinuität des tschechoslowakischen Staates seit 1918 in der weniger extensiven Form – „in Anerkennung der Tatsache, dass der tschechoslowakische Staat seit 1918 nie zu bestehen aufgehört hat“ usw.).<sup>17</sup>

Die „Quadratur des Kreises“ (Miroslav Kunštát) wurde teilweise durch die Unterzeichnung des Vertrags über die gemeinsamen „Staatsgrenzen“ und die Deutsch-Tschechische Erklärung von 1997 überwunden. Doch auch hier wurde der Rubikon nicht überschritten: die Erklärung bestätigte zwar die Bemühungen beider Länder, die gegenseitigen Beziehungen nicht durch Vergangenheitsfragen zu belasten und zu erschweren, jedoch auch die Tatsache, dass sie auf ihre Rechtsstandpunkte nicht verzichten würden. Die Bedeutung der Erklärung konnte man als Grundlage für die Schaffung einer rechtlichen und institutionellen Basis der Entschädigung tschechischer Opfer des Nazismus und für die Entwicklung der weiteren Zusammenarbeit (mit dem vielsagendem Titel „Zukunftsfonds“) betrachten.<sup>18</sup> Im Allgemeinen setzte sich jedoch bei der tschechischen Öffentlichkeit die Meinung durch, dass die Erklärung nicht ihr Ziel erfüllte und „die Probleme der Vergangenheit“ nicht einer abschließenden Lösung zugeführt worden seien.<sup>19</sup>

Havel nutzte die Angelegenheit der festlichen Rede in Bonn bei der Annahme der Erklärung zur Re-Definition des Inhaltes des Begriffs „Heimat“ (in der tschechischen Übersetzung „vlast“ oder „domovina“), den die Vertreter der Sudetendeutschen in der Wortverbindung mit dem Recht verstehen – dem Recht auf Heimat. Havel erwähnte dabei seinen allgemeineren und tieferen Inhalt, der mit dem Europäertum und den gemeinsamen Werten verbundenen ist:

„Europa sollte viel deutlicher zur Heimat unserer gemeinsamen Werte werden [...] Respekt für die Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit, Demokratie, Bürgergesellschaft, Marktwirtschaft, Sinn für soziale Gerechtigkeit, Achtung vor der Natur und vor unserer Umwelt“.<sup>20</sup>

Er versuchte damit einen gemeinsamen europäischen Nenner zu finden – eine gemeinsame Wertebasis, auf welcher die Loslösung von den Belastungen der Vergangenheit ermöglicht werden sollte.<sup>21</sup>

17. M. KUNŠTÁT, op.cit., S.201 ff.

18. V. HANDL, *Česká politika vůči Německu* (Die tschechische Politik gegenüber Deutschland), in: *Zahraniční politika České republiky 1993-2004* (Die Aussenpolitik der Tschechischen Republik 1993-2004), Ústav mezinárodních vztahů, Praha, 2004, S.75 ff. Texte der „Deutsch-tschechischen Erklärung über die gegenseitigen Beziehungen und deren künftigen Entwicklung“ und der begleitenden Anträge des Bundestages, sowie der Ansprachen in Bonn und Prag, Deutscher Bundestag, Bonn, 1997.

19. V. HOUŽVIČKA, *Návraty ...*, op.cit., S.451 (nach den Umfragergebnissen der öffentlichen Meinung in der ČR 1997, 1998 und 1999).

20. Ansprachen in Bonn und Prag, cf. M. KUNŠTÁT, op.cit., S.18-19.

21. Zur Analyse des Textes der Erklärung: Ibid., S.208-210. Weiter: V. HANDL, *Czech-German Declaration on Reconciliation*, in: *German Politics*, 6/2 (August 1997), S.150-167.



### 1.4 „Europa“ als Idee

Die Betonung der ideologischen Grundlage Europas war bereits für die Außenpolitik der Regierung der „nationalen Verständigung“ typisch und auch aus diesem Grunde erntete sie in Westeuropa (und später auch in der USA) positiven Widerhall. Die Regierung bat nicht um „Hilfe“ bei der „Rückkehr nach Europa“, sondern legte selbstbewusst ihre „Konzepte“ vor, im Glauben, dass sie bereits ein Bestandteil Europas sei. Auch wenn manchmal diese „Visionen“ mit der zeitgenössischen Realität nicht übereinstimmten (vergleiche Teil I.2), konstatierte Radko Břach, dass „sie begeisterte Reaktionen des Westens ernteten und insbesondere die außenpolitischen Reden von Staatspräsident Havel hohe Anerkennung fanden“.<sup>22</sup>

Ursprüngliche Vorstellungen der tschechischen (tschechoslowakischen) Dissidenten über die Zukunft „Europas“ basierten auf der Überzeugung, dass Mitteleuropa, zu dem die Tschechoslowakei zählte, „natürlich zu West-Europa gehöre“. Auch deshalb hatten die Tschechen keine besondere Vorliebe für den in der deutschen Umgebung verwendeten Begriff „Ostmitteleuropa“ (bzw. „die MOE-Staaten“), auch und vor allem um die grundlegende Differenz zwischen Mitteleuropa und „Ost“-Europa in der Vordergrund zu stellen. Mit dem Standort der Tschechischen Republik „dem eigentlichem Zentrum des Kontinents“ argumentierte z.B. oft Staatspräsident Havel und zeigte damit, dass die zentrale geographische Lage der Tschechischen Republik die Ursache dafür ist, dass „uns keine Konfrontation oder Konflikt“ erspart bleibe und dass sie daher auch mit dem Schicksal Europas um so mehr verbunden sei als andere Länder. Diese Meinungen bedeuteten nicht, dass die Dissidenten keine Verpflichtungen zu „Ost“-Europa gefühlt hätten, sie formulierten diese im Grunde im Einklang mit den von der z.B. deutschen Politik präsentierten Verpflichtungen (Erweiterung des Stabilitätsgebiets, der Marktwirtschaft und der Demokratie weiter nach Osten). Die Betonung der Menschenrechte, der Freiheit, der Demokratie sowie das Ende der Teilung Europas gehörten Havel und weiteren Unterzeichnern der Charta 77 zufolge zum Traum von einem Europa als „freundschaftlicher Gemeinschaft“.<sup>23</sup> Sie verstanden also Europa als „Wertegesamtheit“ und sahen in ihrer Vielschichtigkeit und Verschiedenheit einen Vorteil. Nichtsdestotrotz wiesen sie auf den wachsenden Bedarf der Unterstützung der „Koexistenz“ hin. Die Identitätsfindung Europas in dem kulturellen „Geflecht“ wurde für Havel und andere europäische Intellektuelle und Politiker (wie z.B. den ehemaligen Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland Richard von Weizsäcker) selbstverständlich und gleichzeitig wollten sie die europäische Kulturdimension zuerst für alle Europabewohner zugänglich machen. Die Verwirklichung dieser Vision verstanden sie also als „Aufgabe“ der europäischen intellektuellen (Kul-

22. R. BŘACH, *Die Außenpolitik der Tschechoslowakei zur Zeit der „Regierung der nationalen Verständigung*, Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 1992, S.174-176.

23. V. HAVEL, *Evropa jako úkol. Výběr z projevů 1990-2004* (Europa als Aufgabe. Auswahl aus den Reden 1990-2004), Úřad vlády ČR, Praha, 2005.

tur)-Elite.<sup>24</sup> Die Konzentration auf Ideen, Visionen und Werte hatte auch ihre negative Seite: die tschechoslowakische Außenpolitik war nicht in der Lage, z.B. zwischen den begrenzt funktionellen zwischenstaatlichen Organisationen wie dem Europarat und den Europäischen Gemeinschaften mit immer deutlicheren Integrationstendenzen klar zu unterscheiden.<sup>25</sup>

Die Intellektuellen idealisierten den „Westen“ als Quelle des Wohlstands und der Stabilität – im Gegensatz zur politischen Kategorie des „Ostens“, der vom Westen üblicherweise als „Quelle der Probleme, Rückständigkeit, Armut und Instabilität“ ähnlich schematisch interpretiert wurde. Die Zugehörigkeit zum Westen verstanden sie, als Bewohner dieses Teils von Mitteleuropa, in dem die Tschechische Republik liegt, immer als Zugehörigkeit zum „Mittelwesten“ (zusammen mit der Schweiz, Österreich, Slowenien und dem Gebiet der Bundesrepublik östlich vom Rhein). Sie waren demnach näher zum Westen als zum „Mittleren Osten“ gerichtet, der das „echte“ Mitteleuropa darstellt und somit die Grenze des Ostens.<sup>26</sup> Das wichtige Element dieser „Zusammengehörigkeit“ Mitteleuropas mit dem Westen war das Element der ideellen und kulturellen Verwandtschaft:

„Was wirklich mitteleuropäisch [für die Tschechen und Polen – Anm. D.M.] war, war westlich, rational, humanistisch, demokratisch, skeptisch und tolerant. Der Rest ist osteuropäisch, russisch, möglicherweise deutsch. Zu Mitteleuropa gehören Dichter und Denker, während Osteuropa Richtern und Henkern bleibt“.

So charakterisierte der Brite Timothy Garton Ash den Mythos des Mitteleuropertums, dessen Ursprung in den Arbeiten der mitteleuropäischen Intellektuellen aus den Zeiten ihres Dissidententums (der Tschechen Václav Havel und Milan Kundera, des Ungarn György Konrád und des Polen Adam Michnik) gesehen werden konnte.<sup>27</sup>

Die kulturelle Zusammengehörigkeit der Tschechen mit Westeuropa wurde als Selbstverständlichkeit verstanden, auf der anderen Seite wussten gerade die der Historie bewussten Intellektuellen, dass diese Selbstverständlichkeit nicht von allen Bewohnern Mitteleuropas geteilt wurde (bis heute nicht). Aus historischer Perspektive ist sie auch nicht als Selbstverständlichkeit nachweisbar – noch am Anfang des 18. Jahrhunderts hatten die „Europäer“ keine Ahnung von der Existenz

24. R.v. WEIZSÄCKER, *Begrüßung*, in: 125. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS HAMBURG, *Europa neu begründen – Kulturelle Dimensionen im Integrations- und Erweiterungsprozess*, Edition Körber-Stiftung, Hamburg, 2003, S.21: „es bedarf noch größerer Anstrengungen, um den Menschen, die in Europa leben, eine Vorstellung der europäischen Kultur als prägendes Gefühl der Identität zu geben“.
25. P.ČERNOCH, *Česká integrační politika* (Die tschechische Integrationspolitik), in: O. PICK, V. HANDL (eds.), *Zahraniční politika České republiky 1993-2004* (Die Aussenpolitik der Tschechischen Republik 1993-2004, Ústav mezinárodních vztahů, Praha, 2004, S.16).
26. Zur geopolitischen Abgrenzung, siehe: M. ROMANCOV, *Geopolitické perspektivy ČR v Evropě*. (Die geopolitischen Perspektiven der Tschechischen Republik), in: J. KABELE, L. MLČOCH, S. PSCHIEDT (eds.), *Konsolidace vládnutí a podnikání v ČR a v EU* (Die Konsolidierung des Regierens und des Unternehmens in der TR und in der EU), Matfyzpress, Praha, 2002, S.342.
27. T.G. ASH, *Středoevropán volbou* (Der Mitteleuropäer durch die Wahl), Institut pro středoevropskou kulturu a politiku, Praha, 1992, S.10-11 (Übersetztes Essay „Does Central Europe Exist?“, in: *The New York Review*, 09.10.1986).

der Tschechen gehabt. Die Zugehörigkeit der Tschechischen Republik als Teil Mitteleuropas (oder des „Mittelwestens“) zum Westen ließ sich nicht gerade aus langer Zeit zurückdatieren! Ähnlich kann man sagen, dass von der „kulturellen Identität“ der Europäer nur die Intellektuellen überzeugt waren, während die Volksmeinung die Unterschiede zwischen den einzelnen „Nationalcharakteren“ unterstrich (und das bis einem gewissen Grad bis heute macht).<sup>28</sup>

## II. Konflikt der Ideen mit der Realität

### II.1 Europa-Abkommen 1991, Zusammenbruch der Föderation und der Geburt der ČR 1993

Das Ende der ambivalenten intellektuellen Vorstellungen der tschechischen politischen Elite über Europa kündigte sich teilweise in der Zeit der Unterzeichnung des Assoziierungsabkommen mit der EG an. Die Visionen traten vor der Realität zurück. Die Unterzeichnung des sogenannten „Europaabkommens“ im Dezember 1991 stellte einen Erfolg der Außenpolitik der Čalfa-Regierung dar – die Verhandlungen am 20. Dezember 1990 in Brüssel zeigten sogar ursprünglich, dass das ambitionöse Ziel (volle Mitgliedschaft in der EG) nicht als selbstverständlich von der EG-Kommission akzeptiert wurde, die davon ausging, dass die Verhandlungen minimal zwei Jahre dauern würden.<sup>29</sup> Auch wenn in dieser Phase in den hektischen Bemühungen um Kodifikation der „europäischen“ Position der Tschechoslowakei einige praktische Ergebnisse erzielt werden konnten, überwogen noch intellektuelle Visionen. Darauf deutet die Tatsache hin, dass auf dem ersten Platz zwar das klare Ziel der Vollmitgliedschaft stand, aber erst dann Erwägungen über die Gründe einsetzen, warum in die EG einzutreten ist.<sup>30</sup> Dazu gehörten nicht nur ide-

28. Die gemeinsame Denkweise der Elite führte zur Idee Europas. Dem steht die selbstbezogenere Sichtweise der einfacheren Menschen gegenüber, denen es fremd war, Kultur oder Geschichten nur mit den besten Nachbarn zu teilen (cf. H. AHRWEILER, op.cit., S.25). Die sogenannte „Völkertafel“ vom Anfang des 18. Jahrhunderts (S.142), wo die Tschechen gar nicht veranschaulicht wurden, ist durchaus zu vergleichen mit den gegenwärtigen ironischen Veranschaulichungen der Nationalcharaktere der Völker der EG/EU auf den Postkarten (The perfect European should be: ... available as a Belgian“, ... patient as and Austrian“, ... humorous as a German“, usw. – die letzte für die EU-15 publizierte Postkarte, cf. <http://shashakoe.wordpress.com/2007/12/28/the-perfect-european/>). Doch gerade die „nationale Identitätsdestruktion“ durch die Zeitgeschichtsforschung in den EU Staaten trug „indirekt auch zur Europäisierung bei“. (M. GEHLER, Diskussionsbeitrag, in: 125. BERGEDORFER GESPRÄCHSKREIS, op.cit., Teil I: Europäische Kultur: Geschichte, Wirklichkeit und Relevanz, S.32).

29. J. DIENSTBIER, *Od snění ...*, op.cit., S.47. Kritische Darstellung dieser Termine auch bei Pavel Telička, einem ehemaligen Hauptunterhändler der ČR. (P. TELIČKA, K. BARTÁK, *Kterak jsme vstupovali* (Als wir beitraten), Paseka, Praha, 2003, S.9.

30. Ibid.

elle, sondern auch materielle Motive – vor allem die erwartete Unterstützung bei der Transformation der Wirtschaft in die Marktwirtschaft.

Auch wenn die Wirkung der EG-Programme für die Unterstützung der ökonomischen Entwicklung osteuropäischer Staaten in den Jahren von 1992 bis 1996 (PHARE und die EBRD) heute kritisch bewertet werden, ist davon auszugehen, dass ohne diese wirtschaftliche Unterstützung der Umwandlungsprozess langsamer verlaufen wäre. Die Ursachen für das Ausbleiben wirkungsvoller Effekte lagen nämlich oft in der fehlenden institutionellen Übernahmebereitschaft.<sup>31</sup> Die Assoziierungsabkommen trugen Merkmale der Asymmetrie in den Beziehungen zwischen der EG und den Kandidatenländern.<sup>32</sup> Diese Asymmetrien waren für die auf Mitgliedschaft wartenden Staaten vorteilhaft, was in den Beitrittsverhandlungen der folgenden Jahre nicht immer der Fall war. Mit der ČR wurden diese 1998 eröffnet.

Die rasche Unterzeichnung des „Europaabkommens“ stellte kein erhebliches Problem dar – ganz im Gegenteil es wurde sogleich als Beitrag zur Stabilisierung von Mittel- (und Ost-) Europa bewertet. Außerdem stand es damals nicht im Fokus der europäischen politischen Aufmerksamkeit. Schwerpunkte der europäischen und globalen Politik lagen auf der Durchführung des deutschen Einigungsprozesses, in der Konzipierung der neuen NATO-Strategie, der Lösung der (ersten) Golfkrise, der Bewältigung der drohenden Eskalation des Erosionsprozesses von Jugoslawien und in der Notwendigkeit nach dem Zerfall der UdSSR im Dezember 1991, die Beziehungen der USA und der EU zu Russland zu stabilisieren. Von EG-Seite wurde das von Staatspräsident Havel präsentierte „commitment to european values“ und seine Überzeugung in die Notwendigkeit der Verbesserung der Nachbarschaftsbeziehungen sowie der Verlagerung der Aufmerksamkeit von der Vergangenheit auf die Zukunft gewürdigt. Diese Vergangenheit holte die tschechoslowakische Politik jedoch bald wieder ein, als sie vor das Dilemma gestellt wurde ob überhaupt mit einer gemeinsamen Zukunft der tschechoslowakischen Föderation zu rechnen sei. Die Glaubwürdigkeitsprobleme der tschechischen Zustimmung zur Realisierung der formal bestätigten föderalen Struktur des Staates brachte erstmals die slowakische politische Vorstellung in der Debatte über das „Trennungszeichen“ in der Benennung des Staates („Tschecho–Slowakei“) zum Vorschein, was gleichzeitig die Bemühungen um Selbstbehauptung der Slowaken widerspiegelte.

31. D. MAREK, *Od Moskvy k Bruselu. Vztahy mezi ČR a EU v období 1957-2004* (Seit Moskau zu Brüssel. Die Beziehungen zwischen der TR und der EU in der Zeit 1957-2004), Společnost pro odbornou literaturu-Barrister&Principal, Brno, 2006. Hier die Tabelle (S.100) der man entnehmen kann, dass die TR nach 1993 (bis 1996) die Mittel des Programms PHARE nur in der Höhe von 37% ausschöpfte. (PHARE=Pologne-Hongrie: Actions pour la Reconversion Economique). Diese Tatsache hing mit dem „sceptical stance toward financial injections from the West“ des ehemaligen Finanzminister der ČSFR und heutigen Staatspräsident der TR Václav Klaus zusammen. Cf. J. KARLAS, P. KRATOCHVÍL, op.cit., S.35.

32. Die Beseitigung der Barrieren des freien Handels sollte schneller auf der Seite der EG-Länder voran getrieben werden als in den Assoziierten Länder. D. MAREK, op.cit., S.108 und P. FIALA, M. PITROVÁ, *Rozšiřování ES/EU* (Die Erweiterung der EG/EU), Mezinárodní politologický ústav, Brno, 2001.

Alle slowakischen politischen Parteien – seit der von der slowakischen Variante des OF (*Bürger-Forum*), d.h. Verejnosti proti násiliu (*Öffentlichkeit gegen Gewalt*) sich abspaltenden HZDS (*Bewegung für eine demokratische Slowakei*) Vladimír Mečiar bis zur KDH (*Christlich-demokratischen Bewegung*) Ján Čarnogurskýs – verbanden die gemeinsame Bemühung „den selbständigen slowakischen Stern“ auf der Flagge der EU zu platzieren, auch wenn das nur symbolisch zu verstehen war. Die Schwierigkeiten bestanden darin, dass das Europa-Abkommen mit der EG von der ČSFR am 16. Dezember 1991 unterzeichnet worden war, aber erst 1993 infolge der Ratifizierung des EU-Vertrags von Maastricht gültig werden konnte. Inzwischen verschärfte sich aber nach den Parlamentswahlen im Juni 1992 die Krise in der ČSFR, da in Böhmen die Rechtskoalition (ODS-KDU/ČSL-ODA) (*Demokratische Bürgerpartei – Christliche und Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei – Demokratische Bürgerallianz*) siegte, währenddessen in der Slowakei das linkspopulistische Programm der HZDS Mečiar die Oberhand behielt. Die Weichen waren – nach den vergeblichen Versuchen Petr Pitharts um ein „Doppelhaus“ – zur Teilung des Staates gestellt. Die Ausrufung der selbständigen Tschechischen sowie Slowakischen Republik im Januar 1993 war das Ergebnis der Verhandlungen der Premierminister beider Republiken Václav Klaus und Vladimír Mečiar. Über den Weg eines Kompromisses konnten relativ schnell Nachfolge-Assoziierungsabkommen (mit der ČR und der SR), die inhaltlich dem ursprünglichen Föderalabkommen entsprachen, unterzeichnet werden, wodurch sie ab Februar 1995 gültig werden konnten. Gleichzeitig wurden auch einige negative Folgen hinsichtlich des Handelsaustausches zwischen den assoziierten mitteleuropäischen Staaten, die durch Unterzeichnung des -Freihandelszonen-Abkommens (CEFTA) gelindert werden konnte, gänzlich beseitigt. Die Perspektive einer Vollmitgliedschaft wurde dann auf dem Kopenhagener Gipfel des Europäischen Rates im Juni 1993 bestätigt.

## II.2 Die Realität des Beitritts bis zur Fixierung des „Europäischen Verfassungsvertrags“

Die Komplexität der Probleme, die die teilweise gegen den Willen ihrer Bürger entstandene ČR in den kommenden Jahren lösen musste, war nicht nur aus der innenpolitischen Entwicklung heraus begründet, sondern hing auch mit den Erschütterungen und Veränderungen des internationalen Systems im Zuge des Endes des Kalten Krieges zusammen. Für die mitteleuropäischen Staaten (wie die ČR und die SR) war besonders die geographische Nähe des Krieges in Jugoslawien alarmierend, d.h. der Zerfallprozess dieses sozialistischen Vielvölkerstaates mit seinen bedrohlichen nationalistischen Exzessen, die analoge Vorstellungen mit Blick auf den Zerfall der tschechoslowakischen Föderation und der angeblichen Gefahr der „Balkanisierung“ dieses Prozesses weckten. Glücklicherweise trafen keine solche Befürchtungen ein. Der Prozess der Teilung der ČSFR verlief zwar nicht ganz ohne Streitigkeiten, aber jedenfalls ohne Gewalt – wenn man von den Eierwürfen auf den damals noch tschechoslowakischen Staatspräsidenten Havel bei seinem Besuch in Bratislava vor den Parlamentswahlen 1992 absieht. Die Probleme, die

die ČR in ihrem Verhältnis zur EU lösen musste, kann man benennen, so dass gleichzeitig die Prioritäten der tschechischen Außenpolitik deutlich werden:

- a) die Erfüllung der Kopenhagener Kriterien bezüglich der „Osterweiterung“ 1993 – zum erstenmal wurden die Bedingungen des künftigen Beitritts der sich transformierenden ost-(mittel-)europäischen Staaten (die Konditionalität der Erweiterung) festgesetzt und damit auch das Junktim der Herbeiführung der institutionellen Reform (die Vertiefung) mit dem Beitritt der neuen Staaten hergestellt;
- b) die Neuformulierung der Sicherheitsstrategie der ČR (auch im Zusammenhang mit dem Zerfall Jugoslawiens und der daraufhin einsetzenden Krise und Eskalation der Gewalt auf dem Balkan 1991-1995), welche die Dringlichkeit der NATO-Mitgliedschaft unterstrich, die im März 1999 verwirklicht wurde. In weiterer Folge wurde nach dem 11. September 2001 noch einmal die tschechische Sicherheitsstrategie revidiert (im Dezember 2001 und im Dezember 2003);
- c) die Anpassung der tschechischen Politik gegenüber Russland in Bezug auf die sich wandelnde Haltung des „Westens“ zu Russland im Zusammenhang mit der Doppelerweiterung der NATO (1999 und 2003) und der EU (2004 um 10 Länder, dann 2007 um Rumänien und Bulgarien);
- d) der Ausgleich während des Screeningsprozesses der EU-Kommission und der EU-Beitrittsverhandlungen, um die zahlreichen praktischen und ökonomischen Fragen zu lösen, bzw. Probleme der Harmonisierung des Rechtes bei der Annahme des *acquis communautaire* zu bewältigen, darunter die noch nicht zur Gänze gelösten politischen Fragen der Vergangenheit – so z.B. in den Beziehungen zu den Nachbarländern Deutschland und Österreich.

Jedes dieser vier „Problem-Pakete“ betraf die ČR mittelbar wie unmittelbar. Bis zur Unterzeichnung des Beitrittsvertrages mit den zehn neuen Mitgliedsländern der EU, bzw. seiner Vollgültigkeit ab dem 1. Mai 2004, war auch der Widerspruch zwischen den ursprünglichen Vorstellungen über die „offenen Arme Westeuropas“ und dem problemlosen „Vorzugskandidaten“ des postkommunistischen Europas<sup>33</sup> virulent – nicht immer wurden die konkreten Anforderungen der Institutionen der EU als berechtigt angesehen. Der Erfüllung der Kopenhagener Kriterien (Stabilität der demokratischen Institutionen, Rechtsstaatlichkeit, Achtung der Menschen- und Minderheitenrechte) wurde zunächst keine so große Aufmerksamkeit geschenkt wie der Erfüllung der ökonomischen und legislativen Kriterien (nach dem positiven Kommissionsbericht 1997).<sup>34</sup> Auf der anderen Seite standen kritische Bewertungsberichte der Kommission im deutlichen Gegensatz zu dieser Auffassung.<sup>35</sup>

33. Nach den Kriterien der EU-Kommission handelt es sich (1997) bei der TR um die „Demokratie mit funktionierenden politischen Institutionen“; die TR wurde als erster Staat Mittel- und Osteuropas im Dezember 1995 OECD-Mitglied. Doch „das Bild des Musterknaben begann sich mit den Wahlen im Juni 1996 zu ändern“, besonders nachdem im Jahr 1997 die wirtschaftliche Rückschläge eintrafen. Siehe, J. WALLAT, *Tschechien und Slowakei*, in: W. WEIDENFELD (Hrsg.), *Europa-Handbuch*, Bonn, 1999, S.237-238.

34. Commission Opinion on the Czech Republic's Application for Membership of the European Union, KOM (97), S.16.

35. D. MAREK, Ebd., S.115.



Die Folgen der nicht immer angemessenen Aussagen in der Bewertung der Kandidatenländer kann man auch in der weiteren Behandlung der innenpolitischen Kräfte spüren: die „Eurooptimistengruppe“ (der Staatspräsident Havel, *Tschechische Sozialdemokratie* und *Christlich-Demokratische Union/Tschechoslowakische Volkspartei*, bzw. die 1998 neu gegründete *Union der Freiheit*) verloren schrittweise an politischem Einfluss zu Gunsten der „Euroskeptikergruppe“ (nach eigener Benennung „Eurorealisten“) mit dem Vorsitzenden der ODS Klaus an der Spitze. Als dann ab Februar 2003 Klaus Havel im Amt des Staatspräsidenten ablöste, begannen die Schwierigkeiten der tschechischen Europapolitik mit einem uneinheitlichen Agieren und Auftreten – die sozialdemokratische bzw. von den Sozialdemokraten geleitete Koalitionsregierung versus Klaus als Haupteuroskeptiker. Anfänglich ganz kritisch zur Mitgliedschaft in der EU und (stets) ablehnend zur NATO war die KSČM (nicht nur im Parlament, sondern in den Wahlen 2002). Die Bewohner der ČR hatten zwar keine Probleme mit dem EU-Beitritt – im Referendum, das am 13. und 14. Juni 2003 stattfand, hatten sich 77,33% der Wähler dafür ausgesprochen, dafür aber um so mehr mit der Teilnahme an der Abstimmung, die nur ca. 55% erreichte.<sup>36</sup> Die ersten Parlamentswahlen nach dem Beitritt im Juni 2006 brachten dann den deutlichen Einflussgewinn für die „euroskeptische“ ODS. So entstand praktisch das „Patt“ zwischen den beiden Haupttrivale des politischen Spektrums ODS und ČSSD und erst nach mehrmonatigen Verhandlungen wurde die zweite Variante der Koalitionsregierung (ODS+KDU/ČSL+Grüne) unter dem ODS-Vorsitzendem Mirek Topolánek durch das Parlament bestätigt.

Das Problem der wechselseitigen Abhängigkeit zwischen Vertiefung und Erweiterung der EU kam nach dem Beitritt zum Vorschein: die Beitrittsabkommen mit den 10 neuen Mitgliedsländern waren zwar ab dem 1. Mai 2004 wirksam, der Ratifizierungsprozess des von den 25 EU-Staaten unterzeichneten Vertrags über die „EU-Verfassung“ scheiterte aber. Gegen den „Verfassungsvertrag“ äußerten sich die Bürger in Frankreich und den Niederlanden, also in Gründungsländer der EU und nicht die Bürger von EU-Neulingen.<sup>37</sup> Erst der 2007 unterzeichnete Grundlagen- bzw. Reformvertrag von Lissabon bedeutete eine neue Perspektive, allerdings steht die Zustimmung in einigen Länder und damit die Ratifizierung des Vertrags noch aus.

In den bilateralen deutsch-tschechischen und österreichisch-tschechischen Beziehungen kam es durch die tschechische EU-Mitgliedschaft zu keinem grundlegenden Wandel. Mit dem früher schon erreichten Zustand des *modus vivendi* mit der kodifizierten Deutsch-Tschechischen Erklärung von 1997 wurde der hohe Stan-

36. M. BAUN, J. DÜRR, D. MAREK, P. ŠARADÍN, *The Europeanization of Czech Politics: The Political Parties and the EU Referendum*, in: *Journal of Common Market Studies*, 2(2006), S.249-280.

37. Laut einigen tschechischen Politologen hat sich so die skeptisch-kritische Meinung zum Verfassungsentwurf mit dem Ziel des föderalen Europas, für die tschechische ODS typisch, bewahrt: P. FIALA, *Evropský mezičas. Nové otázky evropské integrace* (Die europäische Zwischenzeit. Neue Fragen der europäischen Integration), Společnost pro odbornou literaturu-Barrister&Principal, Brno, 2007, S.28.

dard der gegenseitigen Versöhnung zwar eingeleitet, die heikle Frage der Eigentumsansprüche und Vermögensforderungen der Sudetendeutschen aber unbeantwortet gelassen und als Problem nicht überwunden. Dazu kam noch der Versuch, die Forderungen zur Aufhebung der Beneš-Dekrete mit den EU-Beitrittsverhandlungen der ČR zu verknüpfen. Erst durch die Expertise des Europäischen Parlaments, wonach die Dekrete kein rechtliches Hindernis für den EU-Beitritt seien (Frowein-Gutachten 2002) wurde dieser Konflikt beendet. Die strittigen Meinungen wurden durch diese ungünstigen Begleitumstände (neben den Dekreten wirkte die regelmäßig wiederkehrende Frage des strittigen AKW Temelín) noch verschärft.<sup>38</sup>

### Schlussfolgerung

Die Realität der jungen tschechischen EU-Mitgliedschaft wich von den ursprünglichen Europa-Visionen beträchtlich ab. Was blieb und bleibt, ist die allgemeine Anpassung auf das „Gute“ oder „Hoffnungsvolle“ der europäischen Integration: auf die materiellen Vorteile des einheitlichen EU-Marktes, auf die Beseitigung der Übergangsmaßnahmen in der Freizügigkeit der Arbeitskräfte und der Blick auf das ursprüngliche Wirtschaftswachstum (ca. 6%). Im politischen und „ideellen“ Bereich sind die Veränderungen weniger sichtbar, bzw. nicht mit dem „Augenblick“ der Vollmitgliedschaft in der EU verbunden gewesen – vielmehr spiegeln sie den längeren Prozess der Europäisierung wider. Negative Gefühle wecken ständige kritische Bemerkungen der EU-Institutionen zur Gewährleistung des Schutzes der Minderheitenrechte (bes. der Roma) und die immer wiederkehrenden Nachbarschaftsprobleme (bes. wegen Temelín mit Österreich). Die Vorteile der EU-Mitgliedschaft, die sich aus der Teilnahme am „Raum der Freiheit, Sicherheit und des Rechtes“ ergeben, sind für die Bürger teilweise zu abstrakt, wobei die „Europamythen“ den nationalen Identitätsverlust zu überdecken scheinen.<sup>39</sup>

38. Illustrativ z.B. zitiert von M. DAVID, *Austrian-Czech Relations 2000-2003*, in: M. GEHLER, A. PELINKA, G. BISCHOF (Hrsg.), *Österreich in der Europäischen Union. Bilanz seiner Mitgliedschaft*, Böhlau Verlag, Wien, Köln, Weimar 2003, S.411-430. Auf tschechischer Seite, siehe V. HOUŽVIČKA, *Návraty sudetské otázky* (Wiederkehr der Sudetenfrage), Karolinum, Praha 2005. Weitere Literaturangaben in: D. MORAVCOVÁ, *Stanovisko České republiky k „opatřením“ evropské čtrnáctky proti Rakousku v roce 2000: mezi obranou evropských hodnot a českých národních zájmů* (Attitude of Czech Republic toward the „measurement“ of EU-14 toward Austria in the year 2000: between defence of european values and czech national interests), in: *Mezinárodní vztahy (International Relations)*, 4(2007), S.54-68.

39. P. ČERNOCH, *Euromýty – kde je pravda?* (Euromythen – wo ist die Wahrheit?), in: ASOCIACE PRO STUDIUM MEZINÁRODNÍCH VZTAHŮ (ed.), *Česká republika v Evropské unii. Přínosy a náklady* (Die Tschechische Republik in der Europäischen Union. Beiträge und Kosten), IFEC, Beroun, 2004, S.121-132.